



Erinnern statt vergessen.

Der Beirat möge sich gegen das Vergessen und Verdrängen einsetzen, indem Straßennamen mit Erklärungen versehen werden, statt nicht nachvollziehbare Umbenennungen zu forcieren.

Begründung:

mit einigem Befremden wurde die Installation eines Arbeitskreises zur „Dekolonialisierung“ registriert.

Diese Gruppe hat es sich zur Aufgabe gemacht, Straßen umzubenennen, wenn diese nach Persönlichkeiten aus der Kolonialzeit benannt sind.

Zumindest ein Teil der betroffenen Anwohner möchten jedoch die gewohnten Namen behalten.

Das hat außer alter Gewohnheit praktische Gründe. Wer möchte schon gerne aus ideologischen Beweggründen finanzielle Nachteile erfahren? Neue Briefbögen, Geschäftspapiere, Stempel, Adressetiketten. Ob die Politiker, welche sich für die Umbenennungen einsetzen, den Betroffenen einen Gebührenerlass für den Ersatz von Dokumenten (Ausweis, Führerschein) einräumen, ist eine spannende Frage.

Vielmehr sollten Straßen auch Erinnerungsorte sein. Dazu sollten die Straßennamen mit Erklärungen zu den Personen / Ereignissen / Orten... versehen werden, nach denen die Straßen benannt sind.

Am ausführlichsten wäre dies mit einem QR-Code und einer Datenbank zu verwirklichen, so dass alle relevanten Aspekte berücksichtigt werden können. Solch eine Datenbank ließe sich im Laufe der Jahrzehnte aktualisieren. Niemand weiß heute, welcher Zeitgeist in 10, 20 oder mehr Jahren herrscht.

Die allermeisten Bürger kennen Personen, wie z. B. Lüderitz oder Karl Peters nicht, und denken bei Nachtigall eher an den Vogel, als an die gleichnamige Person, deren Namen auch getilgt werden soll.

Diejenigen, welche sich sonst vehement für Erinnerungskultur (bezogen auf 1933-1945) einsetzen, versuchen nun, die beklagten zweifelhaften Taten der Namensgeber besagter Straßen vergessen zu machen. Konsequenz sieht anders aus.

Ich habe den Eindruck, dass die Geschichte Deutschlands für manche Zeitgenossen nur aus der Kolonialzeit und dem NS-Regime besteht.

Mehrere Personen aus den betroffenen Straßen, wozu auch die Columbus-Straße gehört, wundern sich, dass manche Politiker nichts Besseres mit Ihrer Zeit anzufangen wissen, als sich mit solch einem „Schwachsinn“ zu befassen.

Und wer sich gegen solche Vorhaben, wie die vermeintliche „Dekolonialisierung“ ausspricht, bekommt schnell die „Nazikeule“ zu spüren.

Deswegen wurde ich beauftragt, „...mir einen Antrag auszudenken, um den Wahnsinn zu stoppen. Ich sei ja daran gewöhnt, als Nazi verunglimpft zu werden“.

Es ist mittlerweile wieder so weit, dass sich nicht jeder traut, seine Meinung oder bestimmte Begriffe zu sagen.

Selbst „Schrebergarten“ darf nicht mehr gesagt werden, wenn es nach einem Beiratsmitglied der Grünen geht. Es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, bis der Waller Ungeist in Hemelingen Fuß gefasst hat, und die dortige Schreberstraße dran glauben muss.

Auch dort wäre ein QR-Code die bessere Wahl, wo auch auf die (angeblichen) Verfehlungen des Leipziger Arztes und Hochschullehrers eingegangen werden kann. So wie das Beiratsmitglied aus Walle argumentierte, soll Herr Schreber „Schwarze Pädagogik geübt, und die Kinder in den Gärten ausgebeutet haben“. Somit dürfen die Schrebergärten nicht länger Schrebergärten heißen, trotz unbestrittener Verdienste in der damaligen Zeit.

Was kommt als Nächstes? Die Bismarckstraße?

Auch wenn dieser Antrag, wie immer, abgelehnt wird, komme ich trotzdem der Bitte nach, die Angelegenheit „Beabsichtigte Straßenumbenennung“ auf die Tagesordnung der nächsten Beiratssitzung setzen zu lassen.

Im Auftrag

Gerald Höns